

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

31. Januar 1927

Bezugsbedingungen und Kreisgrenzen sind in der Morgenausgabe angegeben.  
Verkauf: SW. 66, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Cindenzstraße 3, die 5. Etage  
Verleger: Vorwärts-Verlag G.m.b.H.  
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 292 - 297

# Ordnungsblock in Thüringen geschlagen!

## Schwierige Regierungsbildung. - Die Sozialdemokratie gewinnt an Stimmen und Einfluß!

Weimar, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Thüringer Landtagswahlen haben mit einer Niederlage des Ordnungsblocks und einem ansehnlichen Erfolg der Sozialdemokratie geendet. Das vorläufige Endergebnis ist das folgende:

	Landtagswahl 30. 1. 1927	Reichstagswahl 7. 12. 1924	Landtagswahl 10. 2. 1924
Sozialdemokraten . . . . .	262 827	250 262	210 185
Kommunisten . . . . .	113 470	107 806	162 128
Komm. Arbeitsgem. . . . .	3 874	—	—
Ordnungsblock (Einheitsliste) . . . . .	270 625	333 766	422 246
Wirtschaftspartei . . . . .	75 500	34 334	—
Nationalsozialisten . . . . .	29 918	44 577	81 412
Demokraten . . . . .	26 531	48 050	—
Sparer . . . . .	23 156	—	—
Völkische . . . . .	9 137	—	—
	815 038	818 795	875 951

Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug rund 78 Proz., etwas mehr als bei der letzten Reichstagswahl, 12 Proz. weniger als bei der Landtagswahl vom Februar 1924.

### Die Verteilung der Landtagsmandate.

Weimar, 31. Januar. (W.B.) Die Mandate bei den Thüringer Landtagswahlen verteilen sich, soweit bisher festgestellt wurde, wie folgt:

Einheitsliste (Dnat., D. Opt., Landbund und Zentrum) 19 (bisher 31), Sozialdemokraten 18 (17), Kommunisten 8 (12), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2 (3), Deutschvölkische vorausichtlich 1 (4), Demokraten 2 (4), Wirtschaftspartei 5 (0), Aufwertungspartei 1 (0), Parteilos 0 (1). Insgesamt 56 (72) Mandate.

### Die Entwicklung der Parteien.

Berfolgt man die Entwicklung der Parteien seit der Landtagswahl vom 10. Februar 1924 in Prozenten der Gesamtstimmenzahl, so ergibt sich folgendes Bild:

	Landtagswahl 30. 1. 1927 Prozent	Reichstagswahl 7. 12. 1924 Prozent	Landtagswahl 10. 2. 1924 Prozent
Sozialdemokraten . . . . .	32,3	30,8	23,9
Kommunisten . . . . .	13,9	13,3	18,9
Komm. Arbeitsgemeinschaft . . . . .	0,5	—	—
Einheitsliste . . . . .	33,2	41,1	47,9
Wirtschaftspartei . . . . .	9,2	4,1	—
Nationalsozialisten . . . . .	3,7	5,4	9,3
Demokraten . . . . .	3,3	5,8	—
Sparer . . . . .	2,8	—	—
Völkische . . . . .	1,1	—	—

Der Ordnungsblock hat seit der letzten Landtagswahl 14,7 Proz. verloren, die Sozialdemokratie 8,4 Proz. gewonnen.

Das Ergebnis der Wahlen bedeutet einen katastrophalen Zusammenbruch des unter der Führung des Reichswehrgenerals Hasse 1924 zusammengelassenen „Ordnungsbundes“. Von rund 422 000 Stimmen, die er in jenen Haft-Wahlen ausbrachte, ist sein Anhang auf rund 270 000 zurückgesunken. Diese Tatsache wirkt um so stärker, als auch seine nationalsozialistisch-völkischen Hilfstruppen, die nach ihres Führers Dinter Ausruf die „Hand an der Gurgel des Staates“ halten sollten, seit 81 000 Wählern jetzt nur noch rund 39 000 aufbrachten, also mehr als die Hälfte ihres Anhangs verloren.

Das Kleinergewerbe, dem man damals in den Reichswahlwahlen die Erlösung vom „marxistischen Joch“ versprochen, hat bald eingesehen, daß bei dem Ordnungsbund in Wirklichkeit die Interessen der Landhändler vorherrschten und daß an Stelle des marxistischen das Joch der Agrarier und der völkischen Demagogen trat. Deswegen fand die Wirtschaftspartei schon wenige Monate nach den Ordnungswahlen bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 mit ihrer eigenen Liste einen Anhang von über 30 000 Wählern, den sie jetzt aus den Reihen der Ordnungsparteien und zum Teil aus der Anhängerschaft der Demokraten auf rund 75 000 steigern konnte. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß bei den Reichswahlwahlen die Demokraten unter Führung des inzwischen von ihnen abgelassenen Professors Gerland sich dem Ordnungsblock angeschlossen hatten. Bei der Dezemberwahl 1924 machten sie sich aber wieder selbstständig und erzielten damals mit 43 000 Stimmen einen Achtungserfolg. Diese Wählerzahl ist jetzt allerdings auf 26 500 zurückgegangen. Der größere Teil der Abgeordneten wird wahrscheinlich der Liste der Sparer- und Aufwertungspartei zugute gekommen sein, die rund 23 000 Stimmen verzeichnen kann. Die Demokraten und Sparer

Listenverbindung eingegangen sind, so werden die beiden bei der Mandatsverteilung sich gegenseitig unterstützen.

Die Sozialdemokratie, die bei den Ordnungswahlen vom Februar 1924 mit Hilfe des unglaublichesten Terrors und der schamlosesten Verleumdung stark zurückgeworfen war — sie erzielte im Februar nur 210 000, bei den Wahlen 1924 gar nur 199 000 Stimmen — erreichte bei den Dezemberwahlen bereits wieder 250 262 Stimmen und konnte diese Zahl jetzt auf 262 827 steigern. Gegenüber der Landtagswahl verbucht sie also einen Gewinn von mehr als 50 000 und gegenüber der letzten Reichstagswahl einen weiteren von 12 000 Stimmen. Die Partei, die auch bei diesen Wahlen nichts an Verleumdungen erspart blieb, zeigt damit, daß sie im Vertrauen der breiten Wählerschichten einen unverrückbaren Bestand hat. Die Auswirkung ihres Erfolges aber wird gemindert durch die Tatsache, daß neben ihr noch immer die kommunistische Partei um die proletarischen Wähler wirbt. Die Kommunisten hatten bei den Ordnungswahlen 162 128 Stimmen errungen. Jetzt sind sie zwar auf 113 470, und wenn man die Splitter der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft mit 3874 hinzurechnet, auf rund 117 000 zurückgegangen, aber dieser Rückgang reicht nicht aus, um ihren hemmenden parlamentarischen Einfluß auszuschalten.

Uebersieht man das Wahlergebnis nicht nur nach Zifferreihen, sondern nach dem Maße der möglichen Auswirkung in politisch-parlamentarischer Hinsicht, so findet man, daß zwar der Einfluß der Sozialdemokratie im neuen Landtag sehr wesentlich gesteigert sein wird, daß er aber nicht ausreicht, um eine rein sozialistische Regierung von Dauer bilden zu können. Die Sozialdemokratie hatte im letzten Landtag, der insgesamt 72 Mitglieder umfaßte, 17 Mandate, während die Kommunisten deren 12 zählten. Beide Gruppen umfaßten also etwas mehr als ein Drittel des Landtages. Das neue Landesparlament soll nicht mehr als 53 Sitze umfassen. Nach der bisherigen Berechnung, die durch die amtlichen Feststellungen nur um wenig verändert werden dürfte, würden unsere Parteigenossen 17 oder 18 Mandate von den

53 besitzen, während den Kommunisten noch 7 oder 8 zufallen.

Zusammen würden beide Parteien im besten Falle 26 Mandate aufweisen. Das ist eines weniger als notwendig zur Mehrheitsbildung. Wären die Kommunisten eine parlamentarische Partei, die zwar eine radikale soziale Politik treiben, vor allem aber parlamentarische Möglichkeiten ausnützen will, so dürften sie mit Sozialdemokraten zusammen immerhin die Regierung bilden können oder wenigstens der Sozialdemokratie die Möglichkeit gewähren, eine Minderheitsregierung zu schaffen, in der die sozialen Interessen der proletarischen Bevölkerung Berücksichtigung finden.

Mit solchen Möglichkeiten ist jedoch bei der ganzen Geistesverfassung der Kommunisten nicht zu rechnen. Infolge dieser Haltung der Kommunisten besteht die Gefahr, daß die Auswirkung des linken Wahlerfolges vollkommen unmöglich wird. Es bedarf sicher schwieriger Verhandlungen, um überhaupt einen Wechsel im Regierungssystem herbeiführen zu können, wobei es fraglich bleibt, ob Wirtschaftspartei und Demokraten geneigt sein werden, mit den Sozialdemokraten über die Möglichkeit einer Regierungsbildung zu verhandeln. Für unsere Parteigenossen beginnt infolgedessen jetzt eine neue und besonders schwierige Aufgabe. Sie werden an deren Lösung auch herangehen, trotzdem sie weiß, daß in ihrem Rücken die kommunistische Gruppe keine anderen Sorgen kennt als die, der Sozialdemokratie jeden Fortschritt für die Arbeiterklasse zu erschweren.

Der Ordnungsblock hat mehr als ein Drittel seiner Stimmen verloren. Wenn er trotzdem in Thüringen einstweilen am Ruder bleiben sollte, so würde dafür die kommunistische Partei restlos die Verantwortung zu tragen haben. Es ist jedoch zu hoffen, daß sich im neuen Landesparlament die Vernunft auch ohne Rücksicht auf die Kommunisten durchsetzt und eine Regierung zustandekommt, die wieder an Stelle der monarchistischen und landhändlerischen Interessenpolitik republikanische Grundzüge und soziale Gedanken zur Geltung bringt.

# Die Deutschnationalen in der Klemme.

## Sie müssen Graef preisgeben!

Heute nachmittag tritt die deutschnationale Reichstagsfraktion zusammen. Sie steht vor der Wahl, entweder alles wieder in die Brüche gehen zu lassen oder zu Kreuze zu kriechen und Graef preiszugeben. Natürlich wird sie trotz allen Geschreis, das einige ihrer Blätter erheben, das zweite tun. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nun Hergt auf den Posten des Justizministers zurückgeschoben und Herr v. Linderer-Wildau zum Innenminister ernannt werden.

Daran dürfte auch das deutschnationale Hauptorgan für Pommern, die „Pommersche Tagespost“, nichts ändern, die sich aus Berlin folgende ausschlußreichen Sätze telephonieren läßt:

Abgesehen davon, daß der an Graefs Stelle vorgeschlagene Herr von Linderer aus gut verstandenem deutschnationalen Interesse für den gesamten deutschen Osten völlig untragbar

wäre, bedeutet dieses Vorgehen der Koalitionsparteien angesichts einer nur den Deutschnationalen zustehenden Prerogative eine starke, mit aller Schärfe zurückzuweisende Einmischung in unsere Parteianglegenheiten. Wir haben weder der Deutschen Volkspartei noch dem Zentrum Vorschriften gemacht, welche Persönlichkeiten sie herausstellen sollten, haben uns in großzügigster Form trotz schwerwiegendster Bedenken mit Herrn Dr. Marx und Herrn Dr. Stresemann abgefunden und müssen mit allem Nachdruck dagegen protestieren, daß jetzt, nachdem bald anderthalb Monate wertvollster Zeit vergeudet wurden, und endlich alle Unstimmigkeiten beseitigt schienen, erneut Hindernisse aufgeworfen werden, die sofort die schwersten Gefahren für die neue Koalition heraufbeschwören müssen.

Wer an diesem Ränsel die Schuld trägt, wird sich ja bald herausstellen. Herr von Linderer dürfte jedenfalls nicht sehr weit von jenem Klügel zu suchen sein.

Die Deutschnationale Partei ist aber, wie wir erfahren, fest entschlossen, alle, auch die ernstesten Konsequenzen aus diesem für die verbündeten Parteien ungeheuer klamartigen Vorgang zu ziehen.

Hier spricht ein deutschnationales Blatt die Vermutung aus, daß ein deutschnationaler Abgeordneter gegen einen Fraktionskollegen intrigiert und ihn bei anderen Parteien und beim Reichspräsidenten denunziert mit dem Ziel, ihn von der Futtertrippe wegzubeißen und

sich selber an seine Stelle zu setzen! Ein Außenstehender hätte so etwas kaum für möglich gehalten, aber die Herrschaften müssen ja einander kennen!

Was nun Herrn Graef betrifft, so ruft der Vorschlag der deutschnationalen Reichstagsfraktion, gerade ihn zum Reichsjustizminister zu machen, einen Vorgang in die Erinnerung zurück, der für diesen Herrn charakteristisch ist. Am 4. Mai 1921 sagte Herr Graef im Reichstag in einer Rede über den Erzberger-Prozess folgendes:

Es ist dies gerade die Aufgabe des Strafverfahrens, festzustellen, ob von den Summen, die Herr Erzberger für kirchliche und politische Zwecke verwaltet hat, wie man teilweise in der Öffentlichkeit annimmt — ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich vollständig offen —, etwas in den Taschen des Herrn Erzberger geblieben ist.

Der stenographische Bericht verzeichnet an dieser Stelle „großen Lärm links und im Zentrum und Rufe: Pfu! Skandal! Unerhör! Gemeinheit! Ehrabschneider!“ Der Reichspräsident rief den unbekanntem Zwischenrufer des Wortes „Ehrabschneider“ später zur Ordnung, nahm aber zu der Äußerung des Herrn Graef zugleich folgendermaßen Stellung:

Ein angeblich in der Öffentlichkeit verbreitetes Gerücht ist von Herrn Graef mit so viel Vorbehalt und Einschränkungen wiedergegeben worden, daß ich die Möglichkeit einer parlamentarischen Rüge nicht für gegeben ansehe. Zu meinem Eingriff war ich allerdings bestimmt worden, weil mir ein in der Öffentlichkeit bekanntes Gerücht, daß Herr Erzberger fremde Gelder in seine Tasche hätte verschwinden lassen, durch den Mund des Herrn Graef zum erstenmal zur Kenntnis gekommen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Mit diesem Herrn soll Herr Marx, der Fraktionsfreund des auf Grund solcher Gerüchte hingerordeten Erzberger, fortan an einem Tische sitzen! Gerade diesen Herrn betrachtet die deutschnationale Fraktion als besonders geeignet, Recht und Gerechtigkeit im Deutschen Reich an höchster Stelle zu repräsentieren!

Der deutschnationale Fraktionsvorstand ist heute vormittag im Reichstag zusammengetreten, um die Beschlußfassung der Fraktion, die sich um 3 Uhr nachmittags versammelt, vorzubereiten. Seine Sitzung war bei Schluß des Blattes noch nicht zu Ende. Man rechnet mit sehr stürmischen Auseinandersetzungen in der Fraktion.

## Monarchistische Propagandapläne. Hermine als Reklamepuppe.

Entgegen dem Widerspruch weiter Kreise ist den Hohenzollern bei dem bekannten Vergleich des Palais Wilhelms I. Unter den Linden gegenüber der Universität als Privatbesitz zugesprochen worden. Die Monarchisten wollen nun dieses Haus zu einer Propagandazentrale ihrer Pläne machen. Das „Berliner Tageblatt“ weiß darüber zu melden:

Vor einiger Zeit hat der ehemalige Hofmarschall Graf Platen, dessen Verhalten bei früheren Gelegenheiten Anlass zum Widerspruch bot, den preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Schöf aufgesucht und die sofortige Räumung aller noch von Beamten oder sonstwie bewohnten Zimmer des Palais gefordert. Der Minister hat geantwortet, daß er zu einer sofortigen Maßnahme nicht geneigt werden könne, denn bis zum 1. April siehe des Palais noch unter seiner Verwaltung. Van Doorn aus ist der Befehl ergangen, umfangreiche Umbauten in dem Palais vorzunehmen. Eine Zentralheizung wird geschaffen und Bodenräume werden angelegt. Wer soll in das so modernisierte Palais seinen Einzug halten? Zunächst die „Kaiserin“ Hermine, die zweite Gattin des Kaisers, die jetzt in Doorn die wahre, alles bestimmende Herrscherin ist und auch in dem historischen Palais Wilhelms I. zu residieren gedenkt.

Dieser Plan soll seine Wirkung nach zwei Seiten hin ausüben. Es ist bekannt, daß die „Kaiserin“ Hermine, über die ihr Mann sich neulich gegenüber einem amerikanischen Journalisten in Worten hymnenhafter Verehrung geäußert hat, mit den meisten anderen Mitgliedern der ehemals kaiserlichen Familie nicht die besten Beziehungen unterhält. Die Anwesenheit der „Kaiserin“ in Berlin, in dem rühmreichen Ahnenpalais, ist ein Trümpf, der gegen die Prinzen und Prinzessinnen ausgespielt werden soll. Damit vereint sich die Absicht, eine Rückkehr Wilhelms II. vorzubereiten, die man in Doorn — der Erzkaiser war ja immer gut unterrichtet — ernsthaft für nicht unmöglich hält. Die Gattin soll zunächst einmal die Palasttüren öffnen, und man meint, wenn das geschehen sei, werde der Gatte bald hinterher kommen können.

Damit das alles dem Volke glatter eingehe, wird jetzt im Niederländischen Palais eine große Propaganda für die Heimberührung des Kaisers organisiert. Man weiß, daß der bisherige Generalbesolmündigte des Hauses Hohenzollern, Herr v. Berg, ein politisch natürlich rechtsstehender, aber aufrechter und höchster Schmiedelei abholber Ratgeber, ebenso wie Graf Ernst Rangkau, sein Amt niedergelegt hat, und Herr v. Kleist sein Nachfolger geworden ist. Herr v. Kleist, der neulich dementierte, daß die „Kaiserin“ Hermine einen Einfluß auf die Verteilung der vom Staat nach Doorn gesandten Gelder ausübe, ist der besondere Vertrauensmann dieser Dame und entwidelt nun mit zwei Gehilfen, die er mitgebracht hat, eine rege Tätigkeit. Eine große Anzahl von Broschüren und Flugblätter wird gegenwärtig hergestellt, die man im Lande verbreiten will. Durch diese Werbeproschüren hofft man alle gefühlvollen Menschen für die Rückkehr des ehemaligen Monarchen zu gewinnen.

Das „Berliner Tageblatt“ deutet an, daß mehrere deutsch-nationale Parteiführer über diese Vorgänge unterrichtet sind. Man weiß ja auch, daß die Herren vom Schlags eines Eoerling trotz der Richtlinien des Zentrums, deren Anerkennung den Deutschenationalen zur Regierungsfähigkeit verhalf, ihre monarchistische Propaganda unentwegt fortsetzen. Die Rechtsblockregierung wird also bald Gelegenheit haben zu zeigen, ob sie gewillt ist, trotz ihres Eides auf die republikanische Verfassung der monarchistischen Propagandaorganisation Vorhieb zu leisten.

Der tschechoslowakische Gesandte Dr. Krofta hat dem Reichspräsidenten sein Abdruckschreiben überreicht. Wir bedauern das Scheitern dieses gerechtfertigten und verständigungswilligen Nachbargesandten.

## Das Ausnahmefesuch.

Sehr verehrte Herren Dinter, Variels und von Wolzogen!

Mit Freude habe ich von Ihrer Absicht gelesen, der mit Judenstammungen durchsetzten Dichterschaft der Preussischen Akademie eine im germanischen Geiste wirkende „Deutsche Dichtergesellschaft“ entgegenzustellen, mit Bedauern muß ich aber zu gleicher Zeit bemerken, daß Sie es bisher unterlassen haben, mich zum Eintritt in Ihre Unternehmen auszusprechen. Es ist wohl nicht unbedeutend, wenn ich mir im nachfolgenden erlaube, Ihnen einen Einblick in meinen Stammbaum zu gewähren und Ihnen einige Daten aus meinem Leben zu unterbreiten, aus denen für Sie gewiß hervorgehen wird, daß ich der Mitgliedschaft in Ihrem Verein würdig bin.

Meine Mutter war die großherzoglich badische und kaiserlich preussische (ältere Linie) Hofpianistin Erika Krummbein und mein Vater königlich bayerischer, mit der fünften Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael und mit der dritten des Militär-Max-Josef-Ordens ausgezeichnete Hofarchivar. Letztere er sein Geschlecht auf die im vierzehnten Jahrhundert im Thüringischen ansehnliche Ritter Truhly von Trogenstein zurück, die dem damals die Landströhen unsicher machenden Handelsgeist in echter Deutschgesinntheit und mit schimmernder Wehr begegneten, so weist auch die Ahnenreihe meiner Mutter genug Vorfahren auf, die praktischen Antisemitismus betätigten. Ich selbst bin blondhäutig, blondhaarig, hochwüchsig, plastisch, geradnäsiger und langschädlicher. Für meine deutschstämmige tiefere Gemütsveranlagung mag sprechen, daß ich abheide bin allem hohlen Sinnesrausch des modernen Großstadtlebens und Charlestone und Kubitopi haße, dafür aber einen Quixote der Seelenverjüngung im wüchigen Duft unserer märkischen Heide, in den Unterhaltungsbelagen völkischer Tageszeitungen und in schmetternder Militärmusik erblicke. Interessieren dürfte Sie in diesem Zusammenhang auch, daß ich der Abkunft des vom Grafen Reventlow herausgegebenen „Reichsworts“ bin. Jüdische oder jüdisch versippte Bücher habe ich prinzipiell noch nicht gelesen, und ich rechne es mir zum Verdienst an, zum Beispiel Heinrich Heine und Ludwig Börne mit vornehmer Ignorierung übergangen zu haben.

Was nun meine eigene schöpferische Tätigkeit anbelangt, so ist sie erglühend und von großem Erfolge besetzt gewesen. Ich bin während der ganzen Dauer des Krieges Feldzeitungsschriftleiter gewesen und habe zuletzt die „Arbennennacht“ in Charlottenburg redigiert, eine Tätigkeit also ausgeübt, die es mir nicht nur vergönnte, unseren modernen Feldgrauen in Gestalt von heldischen Gesängen und zu Kampfesmut auffachendem Besatz die Grüße des Hinterlandes zu übermitteln, sondern die mir auch das Eisenerz Kreuz I. und 2. Klasse, die Kaiser-Wilhelm-Erinnerungsmedaille und das Abzeichen für Verwundete einbrachte

## Das Echo in Rheinland-Westfalen. Die Gewerkschaften gegen den Bürgerblock.

Essen, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Städtischen Saalbau sind am Sonntag eine von 3000 Funktionären der freien Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens als Vertreter von mehr als 300 000 Arbeitern besuchte Kundgebung statt. Die Veranstaltung ist als der erste große Auftakt der westdeutschen Arbeiterkämpfe gegen die sozialreaktionären Tendenzen der Bürgerblockregierung anzusehen.

Der erste Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Hufemann, der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, und der Vorsitzende des AFA-Bundes, Kufhäuser, nahmen in längeren Ausführungen Stellung zu den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft. Sie betonten übereinstimmend mit besonderem Nachdruck, daß der vor zwei Jahren erfolgte Raub des Achtstundentages und

### der Anflug des Ueberstundenwesens

von den Gewerkschaften nicht mehr länger hingenommen werden könne. Den Unternehmern, die in der Regierung des Bürgerblocks jenes Instrument zu besitzen glauben, das ihren sozialreaktionären Forderungen in dem von ihnen gewünschten Maße Rechnung tragen müsse, würden die Gewerkschaften den nötigen Widerstand entgegenzusetzen wissen.

Hufemann vom Bergarbeiterverband verwies in diesem Zusammenhang auch auf die katastrophale Notlage des Bergbaues. Nach den amtlichen Zahlen werde heute mit einer Belegschaft, die bei weitem geringer ist als die im Jahre 1913 eine erheblich höhere Förderung erzielte als in der Vorkriegszeit. Dafür würden aber Ueberstunden in einem Umfang verfahren, wie es in der Geschichte des deutschen Bergbaues beispiellos sei. Im dritten Quartal 1926 seien allein 3 Millionen Ueberstunden verfahren worden. Auf 75 Schichten, die im Durchschnitt zu verfahren wären, hätte man etwa 30 000 Arbeiter mehr beschäftigen können.

also soviel, wie heute im Bergbau erwerbslos seien. Hufemann forderte schließlich im Interesse der Gesundung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse die Wiedereinführung des Achtstundentages und das Verbot der Ueberstunden.

Der zweite Redner gelangte zu den gleichen Schlussfolgerungen. Er wandte sich u. a. gegen die Gefahren, die sich aus der Bildung der Bürgerblockregierung ergeben. Die Sammlung der Reaktion habe in dem neuen Kabinett ihren Ausdruck gefunden. Jetzt gelte es, die Sammlung der Arbeiterschaft zu betreiben. Auch Kufhäuser richtete seine Ausführungen mit aller Schärfe gegen die Bürgerblockregierung. Sein Ruf galt besonders den christlichen Arbeitern und Angestellten, die durch ihre Gewerkschaftsvertreter sich bereit erklärt hätten, gemeinsam mit den freien Gewerkschaften den Kampf für den Achtstundentag und die sozialen Interessen der Arbeiterschaft zu führen. In diesem Kampf handle es sich nicht um irgendwelche Weltanschauungsprobleme, sondern um soziale Realitäten, die für alle Arbeiter gleiche Geltung hätten. — Die Ausführungen der drei Redner fanden warmen Beifall.

Die Kundgebung endete mit einer Entschlieung, in der es u. a. heißt:

„Mit dem Fortschreiten der Rationalisierung wird in zunehmendem Maße ein Ueberstundenwesen eingeführt, das den entscheidendsten Protest nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der in Tätigkeit befindlichen Arbeitnehmer herausfordert muß. Die Versammlung richtet daher an alle Arbeiter und Angestellten die Aufforderung,

### dem Ueberstundenwesen ein Ende zu machen.

Die Versammlung erwartet von diesem Appell eine so starke Einschränkung des Ueberstundenwesens, daß nur noch solche Ueberstunden geleistet werden, die aus betrieblichen Gründen eine unabwendbare Notwendigkeit sind.

Die Versammlung erkennt die Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung als ein Zeichen dafür, daß das Unternehmertum

Die Nachkriegszeit über habe ich mich nicht weniger auf dem Posten befunden, wenn es galt, die Fahne des deutschen Schrifttums hochzuhalten. So habe ich in den ersten Reihen bei dem Einbombenangriff auf den „Reigen“ für die Hochkultur germanischer Kultur gefochten und auch beim „Fröhlichen Weinberg“, die Trillerpreise im Mund und echten Idealismus im Herzen, meinen Mann gestanden. Das Schmutz- und Schundgeschief fand in mir einen feurigen Befürworter, in Eberhard König sehe ich den größten Gestalt und beseltesten Dichter der deutschen Gegenwart, und im Kleinfeldbergschützen des Stahlhelms habe ich kürzlich einen mir vom Bundesführer Selbste persönlich überreichten Preis bekommen. Mit eigener literarischer Produktion bin ich im Jahre 1925 noch einmal mit einem im „Aufrechten“ veröffentlichten Kaisergeburtstagsgedicht vor die Öffentlichkeit getreten.

Mit alledem glaube ich dargetan zu haben, daß ich der rechte Mann für Ihre geschätzte Neugründung „Deutsche Dichtergesellschaft“ bin und allen gestellten Ansprüchen zu genügen voll und ganz in der Lage sein werde, und bitte ich daher um meine Aufnahme und zeichne mit Front Heil und deutschem Gruß als

Ihr Hans Bauer.

Cavalleria und Bajazzo. (Krafft-Oper.) Die Rosinen im Kuchen der Opernkassiere. Also auf neu hergerichtet, damit die Leute zum fünfzigstenmal merken, daß hier ein recht unwahres Leben recht wirkungsvoll packt. Bajazzo bringt eine sehr geschickte Raumverteilung, breite Fläche, kleines Theaterchen, Gasse, Häuser des Bajazzodorfes, so daß sich oben von untencheiden und die 20 Choristen, die angeordnet sind, Platz haben. Den Rüdelschen Chören ein Hauptplätzchen und ebenso Meister Blech, der durch Streifheit und belebtes Tempo alle diesen Schmuckpartien zudekt. Den übrigen ein Teilerfolg der großen Sänger. Ohne sie wären beide Worte unerträglich. Die Kemp in ihrer großen Leidenschaft, Battiera mit der schlanken aller-italienischen Tenorsstimme. Schlussus, starr im Spiel, doch beruhend im deutschen Timbre de edlen Baritone, Mar Koch als verhaltener Alfio, Fasson als klar singender Silvio — ein Paradeensemble. Ueber allen die herrlich strahlende Reinheit der Battiera-Stimme. Die Frauen weniger ausgeprägt, weniger gut. Keine Lola, eine noch nicht ganz aufgeschlossene, doch spielbegabte Reuda, ein unwidriger Beppo, auch Lucia reißt zum Abbau. Großer Enthusiasmus, Tränenbäche, Kassenfüllung für lange Zeit.

R. S.

Kütz und Kausl. Ueber dieses Thema sprach in einer Sonntagsmatinee des Renaissance-Theaters der Wiener Schriftsteller Anton Kuh. Warum das Schmutzgeschief kommen mußte, hätte ebenfalls der Vortrag heißen können. Stofflich brachte Kuh nicht gerade erschütternd Neues. Doch Kunst und Normalbürger wenig miteinander zu tun haben, weiß man bereits, und daß die Fraktionsdemokraten am reinsten den Top des Normalbürgers darstellen, ist auch bekannt, aber Kuh gibt diesen Dingen eine schillernde, originale Form. Gefühlslose Romane, nichtschon zu schwarz geschliffene, glühende Paradoxe bilden das Rezitativ vor der entscheidenden Klei-

den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft den entscheidendsten Widerstand entgegenzusetzen will. Die Zurückgewinnung des Achtstundentages muß deshalb das Werk der Arbeiterschaft selbst sein.“

## Einlenken der Studentenschaften? Eine Entschlieung der Studententagung.

Sonnabend und Sonntag fand in Regensburg eine Tagung der preussischen Studentenschaften statt, die zu dem betonten Konflikt mit dem preussischen Kultusministerium Stellung nehmen sollte. Die Resolution, mit der die Tagung ihren Abschluß fand, zeichnet sich vor ähnlichen Kundgebungen durch ihr jählicher Tonart aus. Bisher war es nämlich üblich, daß die Vertreter deutscher Studentenschaften gegenüber dem Kultusministerium mit gefälligen Schmähungen auftraten. Es scheint auf den Druck der republikanischen Studenten zurückzuführen zu sein, daß jetzt jochlicher gearbeitet wird. Die Entschlieung hält zwar an dem früher von ihr vertretenen Standpunkt fest, erklärt sich jedoch bereit, an einer Neuordnung der Bestimmungen mitzuarbeiten, die zu den Auseinandersetzungen Anlass gegeben haben, und verlangen dabei eine selbständige Stellung von Rektor und Studentenschaft. In bezug auf die österrheinischen Universitäten wird erklärt, daß die preussischen Studentenschaften keinerlei Machtsprüche hätten, die Zusammenfassung dieser Studentenschaften zu beeinflussen. Trotzdem halten sie an der Zugehörigkeit der rein völkischen Gruppen zur deutschen Studentenschaft fest.

Diese Stellungnahme schließt jede Verständigung aus. Der preussische Kultusminister wird jetzt kein anderes Mittel mehr haben, als endlich die Beschlüsse des Landtages durchzuführen. Auf keinen Fall darf der Zustand aufrecht erhalten bleiben, daß die amtliche Vertretung der deutschen Studenten zum Werkzeug rassenpolitischer und reaktionärer Umtriebe wird. Dem Tone nach haben die preussischen Studentenschaften eingelenkt; sie werden auch in der Sache nachgeben müssen, wenn man ihnen zeigt, daß der Staat nicht gesonnen ist, die einseitig reaktionäre Auffassung einzelner Studententriebe zum Programm der studentischen Selbstverwaltung zu machen.

## Der Dokumentenfälscher Dr. Schreck.

### Die Schweizer Fälschungszentrale des Hochkaplers.

Wie die Ermittlungen in der Angelegenheit der gefälschten Reichswehrprotokolle ergeben haben, hat deren Verfasser nicht nur diese Aktenstücke gefälscht, sondern schon vorher zahlreiche Hochkapelleiten und planmäßig Fälschungen größten Stils verübt. Dr. Schreck ist als Sohn eines Maurers aus Oberndorf in Franken geboren. Im Jahre 1910 war Hans Schreck in Berlin bei den Deutschen Wasserwerken A.G. als Ingenieur beschäftigt und, nachdem er sich selbst zum Diplomingenieur ernannt hatte, wurde er wegen Betruges mit Gefängnis bestraft. Durch ein Gnadengesuch wurde die Strafe in eine Selbststrafe umgewandelt. In den Jahren 1913—1914 hat der Hochkapler dann ein eigenes Ingenieurbureau in Berlin aufgemacht. Einem Verfahren wegen betrügerischen Bankrotts entzog er sich schließlich durch Flucht in die Schweiz, wo er seine Schwindelaktionen auf politischem Gebiet fortsetzte.

Er bot sich dann 1915 dem damaligen deutschen Gesandten in Bern als Agent an; seine Tätigkeit bestand aber nur darin, daß er sich eine Sammlung falscher Stempel, Briefpapiere usw. anlegte, um Nachrichten zu fälschen und diese erfundenen Spionagemeldungen, an denen kein wahres Wort war, bezahlte zu lassen. Seine Tätigkeit muß damals sehr kräftig gewesen sein, denn sein Lebenswandel fiel den Schweizer Behörden auf, die ihn überwachen und schließlich einige Jahre später wegen Spionageverdachts verhaften ließen. Die Hausdurchsuchungen in seinen verschiedenen Wohnungen führten zur Entdeckung der Fälscherzentrale, die mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattet war. Als man Schreck in der Schweiz den Prozeß machen wollte, stellte er sich geisteskrank, und es gelang ihm auch, zur Beobachtung in die

die Kuh in wildem Tempo hinausjettet. Hier steigert er sich beinahe zum Pathos; etwas theatralisch ausgezogen, doch überzeugend. Das neue Geschief soll nicht die Jugend an sich schätzen, die bei es nicht nötig, sondern die wohlbehüteten Schichten der Bevölkerung, die Demokratenprüflinge. Das Geschief ist überhaupt nur ins Leben gerufen worden, weil seine Schöpfer selbst vor den Dingen Angst hatten, die sie verboten. Sehr wichtig ist die Analogie der Demokratenjocle der Herren Kütz und Genossen. Anderthalb Stunden spricht Kuh, ohne zu ermüden oder in Wiederholungen zu verfallen; jedenfalls rein artistisch eine Meisterleistung. F. S.

Neue Arbeiten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat jetzt, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ berichtet, eine Reihe großer Gemeinschaftsförderungen in Angriff genommen, bei denen durch freiwillige Zusammenarbeit der besten Forscher aus ganz Deutschland grundlegende wissenschaftliche Fragen gelöst werden sollen. Auf dem Gebiete der theoretischen und praktischen Medizin sind Arbeiten über die Volkskeuchen, Eiweiß, Vitamin- und Stoffwechseluntersuchungen sowie arbeitsphysiologische und sportphysiologische Probleme in Angriff genommen. Weiter sind Untersuchungen über die biologischen und medizinischen Wirkungen der Röntgen- und Radiumstrahlen sowie über die astronomischen, physikalischen und meteorologischen Grundfragen der Strahlenforschung geplant. Dafür ist im Reichshaushaltsplan von 1927 wiederum eine Summe von 3 Millionen Mark eingestellt.

Römische Baupläne. Der Gouverneur von Rom hat in einer Pressekonferenz mitgeteilt, daß nach dem neuesten Bauplan für Rom, für den an Krediten 60 Millionen bereit stehen, in erster Linie die Freilegung des Kapitols und des Trajansischen Forums sowie die Unterminierung des Kapitols in Betracht kommen. Denn wird das Marcellustheater freigelegt und ein neuer Augustusplatz errichtet werden; auch die Scipionengräber auf der Via Appia sollen ausgehoben werden.

Teure Freundschaft. Bekanntlich wurde am 9. Januar eine drahtlose Telephonlinie zwischen London und New York eröffnet; ein solches Lini wurden 16 Gespräche zwischen den beiden Städten gemeldet. Die Verbindung war gut, mit Unterbrechungen von einigen Sekunden. Eine amerikanische Dame rief eine Freundin in London an, und es entwickelte sich ein Gespräch, das 28 Minuten dauerte und nur abgebrochen werden mußte, weil eine andere die „Linie“ zu benutzen wünschte. Die Unterhaltung zwischen den beiden Freundinnen kostete 700 Dollar, gleich 2940 M.

Im Ce'ngwa'um bricht Donnerstag, 8 Uhr, Marjare'se Silber Dichtungen von Max Dautenbey. Dazu Klaviermusik von Schumann und Chopin.

Schicksalstreff in Jugoslawien. Die Studentenschaften der Belarader sowie der Zagreber Universitäten sind in Streik getreten aus Sympathie für die Studenten der medizinischen Fakultät.

Ein Verleumdungsfall für ein Schülerpiel hat der Verein für das Deutschtum im Ausland beantragt. Der erste Preis betrug 1000 M., der zweite 500 M., der dritte 300 M. Weitere Bedingungen sind von der Landesgeschäftsstelle des B. D. U., B. 62, Kurfürstenstr. 103, einzusehen.

Staatliche Ironenanstalt Burghölzli gebracht zu werden, aus der er durch Unterstützung von außen wieder entkam.

Nach dem Revolutionsausbruch tauchte er wieder in Deutschland auf und kam auch hier wieder mit den Befehlen in Konflikt. Bei einem Prozeß, der vor mehreren Jahren in München spielte, wurde festgestellt, daß er auch seine Kletter, die ihm zur Flucht verholfen hatten, um die versprochene Belohnung geprellt hatte. Aus der Schweiz hatte sich Schreck neben erheblichen Geldmitteln aus seiner Spionagetätigkeit auch ein Doktordiplom mitgebracht, das scheinbar aus derselben Quelle stammt wie seine Nachrichten. Von dem erkrankten Gelde kaufte er sich in Oberfranken ein Gut. Ihm gelang es, dort sogar zum Kreisrat zu avancieren, mußte aber später sein Amt wieder niederlegen. In München versuchte er weitere Schwindelereien. Auch während der Mäzzeit spielte Dr. Schreck eine Rolle, und zwar hatte er mit dabei geholfen, daß die Bauern mit Gewehren bewaffnet wurden, die er allerdings später wieder nach dem Zusammenbruch dieser Aktion durch seinen Verwalter an den Staat verkaufen ließ. Nach dem Verkauf des Gutes trat Dr. Schreck zunächst sehr groß auf und verkehrte viel mit Theaterleuten und völkischen Kreisen. Als das Geld zur Neige ging, gründete er ein Immobilienbureau und brachte seine Geschäftspartner um ihre Einlagen. Da dazu meist hochsichende adlige Persönlichkeiten gehörten, wurde keine Anzeige gegen ihn erhoben, weil die Geschädigten einen öffentlichen Skandal vermeiden wollten. Später übernahm Schreck dann einen Teil der Deutschen Werke in Reichertshausen bei Ingolstadt. Die Geldmittel dazu erhielt er anscheinend von dem durch seinen Zusammenbruch vor etwa 16 Monaten vielgenannten Münchener Bankier Simader. In dieser Angelegenheit schweben jetzt große Prozesse, die der Fiskus gegen Schreck wegen Betruges angehängt hat.

Nach dem Konkurs der „Dr. Schreck'schen Suttoverwaltung Reichertshausen“ verlegte Schreck seine Tätigkeit wieder nach Berlin, wo er in einer in der Grenadierstraße etablierten Pächschäferzentrale seine „Kenntnisse“ verwertete. Als dieses Geschäft dann nicht mehr einträglich genug wurde, wandte er sich wieder der Fälschung politischer Dokumente zu, wie er sie schon während des Krieges in der Schweiz ausgeübt hatte.

## Blutiger Ueberfall im Burgenland.

„Frontkämpfer“ erschießen friedliche Arbeiter.

Wien, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem burgenländischen Ort Schallendorf an der ungarischen Grenze ist es gestern zu einem Ueberfall christlichsozialer „Frontkämpfer“ auf sozialdemokratische Arbeiter und Kleinbauern gekommen, wobei Tote und Verwundete die Opfer der Frontkämpfer geworden sind. Im Burgenland hat letztlich die Sozialdemokratische Partei einen großen Wahlerfolg gehabt, mehr als 10 000 ländliche Wähler haben für sie gestimmt, und das hat die Wut der Reaktionskräfte noch gesteigert. Für den Sonntag nachmittag war in Schallendorf eine sozialdemokratische Versammlung einberufen, aber schon am Vormittag stießen die Frontkämpfer Drohungen aus und ließen auch Hilfstruppen mit der Wahn herbeikommen, selbst von Wien! Infolgedessen boten die Sozialdemokraten aus den Nachbarorten eine Anzahl Genossen vom Republikanischen Schutzbund aus, um den ungewohnten Verlauf der Versammlung und die Sicherheit ihrer Teilnehmer zu verbürgen. Schon vor der Versammlung kam es mit den Frontkämpfern zu einer Plänkelei, bei der jedoch Erstschußes nicht passierte. Die Frontkämpfer zogen dann in den Gasthof Scharabon, dessen Wirt ebenso wie seine Söhne christlichsozialfrontkämpferische Fanatiker sind. Als nun nach der Versammlung die Teilnehmer an diesem Gasthof vorbeikamen, wurde aus dem Gasthof auf sie geschossen, wodurch ein kriegsinvalides Arbeiter und ein siebenjähriger Junge, der aus Neugier herzugelaufen war, sofort getötet und sieben Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden sind; es sollen sogar zwei davon inzwischen gestorben sein. Die Schußwunden haben, wie auch amtlich festgestellt worden ist, Schußwaffen nicht befreit. Die Fenster des Frontkämpfergasthofes sind sämtlich ganz unversehrt — Beweis dafür, daß nicht einmal Steine gegen das Haus gemorfen wurden, in dem sich die Reaktionskräfte aufhielten. Der eine Sohn des Gastwirts, der wohl der Mordhülfe war, soll nach Ungarn geflüchtet, der andere von der rasch herbeigekommenen Gerichtskommission verhaftet worden sein. In Schallendorf und anderen Orten des Burgenlandes herrscht größte Erregung. Kundgebungen der Arbeiter- und Bauernschaft gegen die Frontkämpfer stehen bevor.

## Wiener Wahlvorbereitung.

Wien, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die nächsten Parlamentswahlen sollen nach dem Gesetz erst im Herbst stattfinden, aber auf Grund der gegenwärtigen politischen Situation ist ein früherer Zeitpunkt sehr wahrscheinlich, deshalb traten gestern die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Wiens zur Vorbereitung zusammen. Der Referent, Genosse Otto Bauer, bezeichnete als die wichtigste Frage die Regelung des Riekerschusses und zusammenhängend damit die Wohnbautätigkeit der Wiener Gemeinde. Jede dieser Fragen könne die Sozialdemokratie zwingen, die einschlägigen Verhandlungen des Parlaments unmöglich zu machen und seine Auflösung herbeizuführen, damit die Wähler entscheiden. Anschließend wurde die Gründung eines Wahlfonds beschlossen. Ab 5. Februar soll jedes Parteimitglied wöchentlich zum Wahlfonds mindestens 10 Groschen (6 Pfennig) beitragen.

## Die Entwaffnung Deutschlands.

Heute Vorkonferenz.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Interalliierte Militärkomitee besetzte sich am Sonntag unter dem Vorsitz des Marschalls Foch in einer dreistündigen Sitzung, an welcher die deutschen Delegierten General v. Pawelz, Michoels und Legationsrat Forster teilnahmen, mit dem Stand der Entwaffnung in Deutschland. Dem amtlichen Kommuniqué zufolge sind ernsthafte Fortschritte erzielt worden. Immerhin bleiben noch einige Einzelfragen bezüglich der Königsberger Befestigungen zu regeln. Die neuen Instruktionen, die Dr. Claudius aus Berlin mitgebracht hat und die nicht gebilligt werden konnten, werden heute morgen im Interalliierten Militärkomitee nochmals beraten. Danach tritt die Vorkonferenz zusammen. Wird im Laufe der Sitzung eine endgültige Einigung erzielt, so wird die Vorkonferenz sofort offiziell auszusprechen, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen ist.

Die Ausübung des Straßenhandels. Wie der preussische Handelsminister auf eine Anfrage mittelst, ist die Ausübung des Straßenhandels nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung während der allgemeinen Labenschlupzeiten grundsätzlich verboten. Ausnahmen können unter gewissen Voraussetzungen für den Handel mit einigen Waren zugelassen werden. Nach den Beschlüssen der Regierungspräsidenten besteht eine derartige Ausnahme gegenwärtig nur noch in geringem Umfange.

# Mordtat einer Einbrecherbande.

Ein Ehepaar in Sommerfeld im Bette erwürgt aufgefunden.

In Kapitalverbrechen wurde in der vergangenen Nacht in dem Städtchen Sommerfeld in der Niederlausitz verübt. Hier wurden der 55 Jahre alte Kaufmann Paul Tschanke und seine 33 Jahre alte Frau Marie in ihrer Wohnung erwürgt und betäubt.

Tschanke betrieb seit langer Zeit in der Hauptstraße zu Sommerfeld, in der Nähe des Marktes, das größte Kolonialwarengeschäft am Orte. Schon vor einigen Monaten wurde er von Einbrechern heimgegründet und um eine größere Summe Geldes bestohlen. Das Ehepaar, dessen Wohnung mit dem Geschäft verbunden ist, hatte sein Schlafzimmer gleich hinter dem Laden. Heute morgen fiel es auf, daß es nicht zur gewohnten Zeit das Geschäft öffnete. Man schöpfte Verdacht, die Sommerfelder Kriminalpolizei sah nach und fand die böse Ahnung bestätigt. Die Eheleute lagen unter den Decken tot in ihren Betten. Wie der Befund ergab, drangen in der vergangenen Nacht wieder Einbrecher in das Zimmer, indem sie eine Scheibe einbrachen und ein Fenster aufriegelten. Sie übertrugen das Ehepaar im Schlafe, würgten es, steckten ihm Knebel in den Mund, um es am Hilferufen zu verhindern, deckten es endlich mit dem Bettzeug zu und machten sich dann an die Durchsuchung der Wohnung und des Ladens. Dabei erbrachen sie alle Behältnisse und durchwühlten sie mit der Beute, deren Gegenstände und Wert nach nicht festgestellt werden konnten, verschwanden sie, ohne sich noch um die unglücklichen Opfer weiter zu kümmern. Ob Tschanke und Frau bereits tot waren, als die Verbrecher von ihnen abließen, nachdem sie sie gemüht, geknebelt und ihre Hände und Füße an die Betten gebunden hatten, läßt sich nicht sagen. Es ist möglich, daß sie erst erstickt sind, während die Einbrecher die Beute in der Wohnung und im Laden ausfuchten und zusammenpackten. Den Rückweg nahmen die Einbrecher wieder durch das Fenster.

## Abermals Kinobrand.

Während der Kindervorstellung.

Die Feuerwehren von Oberschöneweide wurden gestern nachmittag kurz vor 14 Uhr nach der Rathibidenstr. 1 zu Oberschöneweide gerufen, wo in einem Kino während der Nachmittagskindervorstellung im Vorführsaal Feuer ausgebrochen war, das auf den Zuschauerraum überzugreifen drohte. Der Filmstreifen hatte sich während des Ueberrollens plötzlich entzündet. Eine Stichflamme schoß hervor und leckte den Raum in Brand. Mehrere Filme sowie das übrige Inventar und der Vorführungsapparat fielen den Flammen zum Opfer. Der Vorführer verlor, das Feuer zu löschen, zog sich hierbei aber erhebliche Brandwunden zu. Es gelang es ihm noch rechtzeitig, das Feuer zu gewinnen. Zum Glück konnte eine Panik unter den jugendlichen Zuschauern verhindert werden, die in vollkommener Ruhe das Theater verließen. Das Feuer wurde auf seinen Herd beschränkt und nach längerem Wassergeben gelöscht. Erst vor wenigen Tagen ereignete sich in einem Kino in Raab ein ähnlicher Vorfall. — In einer im ersten Stockwerk des Hauses Belle-Alliance-Platz 6a gelegenen Wohnung entstand heute früh ein Wohnungsbrand, der erst bemerkt wurde, als das Feuer die Decke eines darunterliegenden Geschäftstokals, in der sich die Bank für Handel und Grundbesitz befindet, durchgefressen hatte. Ein großer Ofen in der Wohnung, vermutlich auch der Entzündungsherd des Feuers, mußte wegen der drohenden Einsturzgefahr ganz abgetragen werden. Nach mehrstündiger Tätigkeit rückte die Wehr wieder ab.

Eine schwere Fettgasexplosion trug sich am Sonntagnachmittag im Geschäft des Kaufmanns Sch. in der Lindenpromenade 1 in Pankow zu. Ein großer mit Fett gefüllter Kessel explodierte plötzlich unter lauter Detonation. Durch den Aufschlag wurde eine Mauer zum Einsturz gebracht. Die Feuerwehre, die herbeigerufen wurde, löschte das Feuer und nahm die Aufräumungsarbeiten vor. Zum Glück befand sich der Inhaber des Geschäftes im Augenblick der Explosion in einem Nebenraum. Der immerhin schwere Vorfall ist auf die Explosion von Fettgasen, die sich infolge des starken Rostfeuers entwickelten, zurückzuführen.

## Das Ende vom Lied.

Ein Revolverschuß.

Eine blutige Auseinandersetzung verursachte Sonntagabend in dem Hause Weidenweg 57 große Aufregung. Hier wohnt im ersten Stock des Seitenflügels eine 42 Jahre alte aus Dresden gebürtige Arbeiterin Frieda Pleißch, die von ihrem Mann geschieden ist.

Frau P. unterhielt seit längerer Zeit ein Verhältnis mit einem 47 Jahre alten Schlosser Marschand, der auch bei ihr wohnte. Marschand war in der letzten Zeit krank und arbeitsunfähig. Das Scheitern dazu beigetragen zu haben, daß das Paar in Zwist geriet. Der Schlosser, dessen Frau in Oberamte wohnt, fand eine neue Geliebte in der Rügelsstraße zu Pichelsberg. Er zog zu ihr, als er die Wohnung bei Frau P. verlassen mußte. Auch diese Frau tröstete sich bald und nahm einen neuen Freund zu sich. Marschand aber wollte sich nicht beruhigen. Er stieß wiederholt Drohungen aus. Sonntagabend steckte er den Revolver seines Bruders ein und begab sich nach dem Weidenweg. Als er eingelassen wurde, schob er den Freund der Frau P. kurzerhand beiseite und verlangte eine Aussprache mit ihr. Es kam sofort zu einem heftigen Streit. Plötzlich zog Marschand die Waffe und schoß viermal auf die Frau, deren Freund davonschickte. Ein Schuß traf die Frau in die linke Brustseite so schwer, daß sie blutüberströmt zusammensank. Während die Hausgenossen auf den Börm herbeieilten, ergriff Marschand die Flucht, kletterte die Treppe hinunter auf die Straße hinaus und entkam zunächst. Einige Stunden später versuchte ein zunächst unbekannter Mann sich gegenüber dem Hause Engelsufer 1 mit einem Spiegelscherben die Pulverbüchse zu öffnen, brachte sich aber nur ungesfährlige Verletzungen bei. Dann sprang er an der Schillingbrücke in die Spree. Der Selbstmordversuch schien ihm leid zu werden und er arbeitete sich selbst aus dem Wasser wieder heraus. Einer Schußwunde des 12. Reviers erklärte er, daß er sich aus Liebestummer das Leben habe nehmen wollen. Die Beamten brachten ihn nach dem Krankenhaus Beinhaken. Hier wurde er heute morgen als der gefuchte Marschand festgestellt. Er blieb einstuft im Krankenhaus. Die durch ihn schwerverletzte Frau wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

## Demonstration unter Sowjetgranaten.

Die Kommunisten wittern Bürgerblockchancen. Um über die innere Misere hinwegzutäuschen, demonstrierten sie am gestrigen Sonntag wieder einmal in Bulgarien. Weil mehr als gegen Margens Rechtsblock ging es allerdings, was doch sehr bezeichnend ist, gegen die verhasste Sozialdemokratie, die man so attackieren muß, um den wilden Brüdern von der „entschiedenen Anstalt“ das Wasser abzugraben. Die Sowjetgranaten hatte man mit begreiflichem schlechten Gewissen — schwarzes Gold lacht und trug sie auf Stangen über der erstickten Menge. In Zügen mit Fahnen, Transparenten und Musik rückten die roten Frontkämpfer, der Frauen- und Mädchenbund sowie das kommunistische Jügel aus den Bezirken an. Die mitgetragenen Schilder forderten Auflösung des Reichstags, „fort mit der Hindenburgerei“, „es lebe

Die Sommerfelder Polizei und die Landjägerleitende leiteten sofort die Ermittlungen ein. Es wurde festgestellt, daß mehrere junge Leute gesehen worden sind, die sich mit Paketen nach dem Bahnhof begaben. Es fahren dort mehrere Frühzüge nach beiden Richtungen ab. Welche Richtung die Verdächtigen eingeschlagen haben, ist noch nicht bekannt. Die Ermittlungen und genaueren Feststellungen am Tatort sind noch im Gange. Die Gerichtskommission wird noch erwartet. Von dem Verbrechen wurde alsbald auch die Berliner Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt.

## Der Frankfurter Mörder verhaftet.

Ein mehrfach vorbestrafter Schwerverbrecher.

Die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftete am Sonntag den Mörder, der am Vormittag des vergangenen Sonntags in der belebten Kaiserstraße in Frankfurt a. M. den Jümler Gräbenau umbrachte und beraubte. Es ist ein mehrfach wegen schweren Diebstahls mit Zuchthaus vorbestrafter Spengler Friedrich Schultze aus Langenselbold. Der Verhaftete leugnet vorläufig noch die Tat begangen zu haben. Bei einer Hausdurchsicht in seiner Wohnung in Wilsheim bei Nauheim fand man aber blutige Kleider und Waschestücke. Im übrigen ist die Handschrift eines Briefes, der in der Tasche des Ermordeten gefunden wurde und in der sich ein gewisser Noack für den vergangenen Sonntag zum Besuch bei Gräbenau ankündigte, mit der von Schultze identisch. Schultze bestreitet auch nicht, am letzten Sonntag in Frankfurt gewesen zu sein. Verdachtsmomente sind außerordentlich belastend. Der Sohn des Schultze wurde inzwischen ebenfalls verhaftet.

der Kampf der Werttätigen. „Brot den Erwerblosen“, „Wohlt den Arbeitslosen“ u. ä. Nach kurzen Ansprachen ging die Menge auseinander. Höchst seltsamerweise hatte sich an der Schloßfreiheit berittene Polizei zu beiden Seiten des Friedhams so aufgestellt, daß die abmarschierende Masse sich durch eine schmale Gasse förmlich hindurchzwängen mußte. Wöllig unbedeutende Zuschauer, die keineswegs mit den Kommunisten sympathisierten, empfanden das zum mindesten als unnötig. Beim Anmarsch der Truppe ist es an zwei Stellen zu kleineren Zusammenstößen gekommen. In Raabli gerieten Völkische und Kommunisten aneinander. Hier griff die Polizei ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Am Brunnenplatz kamen Demonstranten mit Polizei in Konflikt. Auch hier kam es zu einigen Störungen. Auch einige Plakate wurden beschlagnahmt.

## Ein Brillantendieb.

Entscheidung des Einbrechers aus der Sächsischen Strafe.

Nach einer langen und aufregenden Jagd wurde, wie wir berichteten, am Freitagabend in der Regenzger Straße ein Einbrecher festgenommen. Er war in eine Wohnung in dem Hause Sächsischer Str. 45 eingedrungen und von dem heimkehrenden Hausherrn überrascht worden. Erst nach längerer Verfolgung gelang es, ihn zu fassen und ihn der Kriminalpolizei zu übergeben.

Sowohl auf dem Revier als vor den Beamten der Dienststelle B. I., denen er zugeführt wurde, verweigerte er jede Auskunft über seine Person und erklärte mit gut geübter Harmlosigkeit, daß er von einem Einbruch nicht das geringste wisse. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben aber bald, daß er doch nicht so harmlos war wie er sich gab. Der Festgenommene ist ein 27 Jahre alter Kaufmann Hermann Behrens aus Schöneberg. Er verübte im Frühjahr 1919 einen raffiniert ausgedachten Juwelendiebstahl in der Friedrichstraße. An einem Sonntagabend öffnete er, wie wenn er der Inhaber wäre, vor den Augen der zahlreich anwesenden Gäste der Tür eines Juwelengeschäfts, packte für mehr als eine halbe Million Brillanten in eine Aktentasche und ging leise durch die Vordertür wieder hinaus. Er wurde bald ergriffen und zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, für deren Rest er Bewährungsfrist erhielt. Bei seiner jetzigen Vernehmung bekannte er endlich, Behrens zu sein und den Einbruch in der Sächsischen Straße verübt zu haben. Wie er erklärte, befristet er seinen Lebensunterhalt während der Kennislosen von Betteln. Darum nichts mehr zu machen, so betrieb er gewerbsmäßig den Wohnungseinbruch. Da er mit erstklassigen Einbruchswerkzeug ausgerüstet war, so ist anzunehmen, daß er noch mehr auf dem Kerbholz hat. Wahrscheinlich gehört er zu einer Kolonne, deren Spezialität der Nachmittagsdiebstahl in mangelhaft gesicherten und unbesetzten Wohnungen ist. Mitteilungen, die weitere Aufklärung über sein Treiben geben können, erbittet die Dienststelle B. I. im Polizeipräsidium.

## Fünfundzwanzig Jahre Kinderchor.

Der Schwarzmeierische Kinderchor, der in Berlin von dem Gemeindeführer Karl Schwarzmeier (184. Schule, Pflugschnecke) im Jahre 1902 gegründet wurde, feierte am Sonntag seinen 25. Geburtstag. Zu dem Festakt hatte der Magistrat den Hof des Stadthauses hergegeben, und viele Behörden, der Magistrat, die städtische Schulverwaltung, das Provinzialmusikkollegium, das Unterrichtsministerium usw. hatten Vertreter entsandt.

Der Chordirektor, Obermusikmeister Häußer, Direktor des Jugendamtes Berlin, und der Festredner Schulrat Gottwald bedachten des Mannes, der vor 25 Jahren zur Pflege des Gesanges diesen eigenartigen Verein singender Schulkinder schuf und ihn aus kleinen Anfängen in mühevoller Arbeit zu einer Beachtung fordernden Höhe emporführte. Vater Schwarzmeier, wie man ihn nannte, hat nicht nur die Gesangsausbildung der Jugend durch diesen Verein gefördert, sondern auch vielen Hunderten von Berliner Kindern durch die mit ihnen unternommenen Konzerte die Kenntnis deutschen Landes vermittelt. Der Schwarzmeierische Kinderchor ist angesehen in allen Gauen Deutschlands, und aus manchen der Städte, die von ihm besucht wurden, sind ehrende Geburtstagsgrüßwünsche eingelaufen. Zu der Feier trug der Chor selber die schönsten Spenden bei, keine die Festteilnehmer erfessenden Gesänge, in denen er aufs neue seine gute Durchbildung bewies. Dem alten Schwarzmeier hat ja schon der Tod den Taftstock aus der Hand genommen, aber Schwarzmeiers Nachfolger, der Berliner Gemeindeführer Bernhard Klauß, führt den Chor mit gleicher Hingebung. Eine besondere Schwierigkeit der Aufgabe eines Kinderchorleitenden liegt darin, daß in seiner Sängerschaft ein unauffälliges Gehen und Kommen herrscht, weil die Mitglieder nach Vollendung des 14. Lebensjahres bei Beendigung ihrer Schulpflicht auch aus dem Schulkinderchor ausscheiden und immer wieder durch Neulinge ersetzt werden. Die Leistungen des Schwarzmeierischen Chors und seines Dirigenten Klauß wurden bei der Jubelfeier dadurch gewürdigt, daß angelegene Gesangsvereine, darunter der Berliner Behergsangerverein und der Erste Männergesangsverein, sich zu den Gratulationen gesehten. In dem Konzert wirkte die Konzertsängerin Frau Fräulein Frida Schmidt-Siebert (Oper Wiesbaden) mit. Ihre Liebeslieder (Schubert, Schumann, Wagner, Strauß u. a.) fanden verdienstlichen Beifall.

Aus Anlaß der Jubelfeier ernannte der Schwarzmeierische Chor mehrere seiner Förderer zu Ehrenmitgliedern. Auch Schwarzmeiers Witwe, die an der Feier teilnahm, wurde durch Verleihung der Ehrenmitgliedschaft geehrt.

# Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Ueber seinen Aufbau und seine Wirkungen.

In einer vom Berliner Ortsausschuß des ADGB einberufenen, stark besuchten Versammlung der Funktionäre der freien Gewerkschaften sprach am 27. Januar Genosse Regierungsrat Joachim über das vor kurzem verkündete Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Vortragende ging davon aus, daß das Gewerbe-Arbeitsgerichtsgesetz und das Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte zwar eine besondere Arbeitsgerichtsbarkeit geschaffen haben, aber nur für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der gewerblichen Arbeiter und der kaufmännischen und technischen Angestellten und nur für die erste Instanz. Durch die Schlichtungsordnung von 1923 seien den Gewerbe-gerichten und Kaufmannsgerichten noch einige weitere Arbeitsstreitigkeiten übertragen worden, die bis dahin zur Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse gehört hatten. Das Streben der Arbeitnehmerschaft aber gehe seit jeher auf eine allgemeine Arbeitsgerichtsbarkeit für alle Arbeitsstreitigkeiten und alle Instanzen.

Die Zuständigkeitsvorschriften des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes tragen diesen Streben in allgemeiner Rechnung. Nach ihm gehören vor die Arbeitsgerichte alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, mit zwei verhältnismäßig nicht sehr bedeutungsvollen Ausnahmen (Streitigkeiten der Seeleute und um Arbeitnehmererfindungen, soweit sie nicht nur die Vergütung betreffen), also auch die Streitigkeiten der bisher nicht erfassten Berufe, wie Landarbeiter, Behördenangestellte usw., und vor allem auch die Streitigkeiten aus dem kollektiven Arbeitsverhältnis, die Streitigkeiten der Tarifvertragspartner aus dem Tarifvertrag und aus unerlaubten Handlungen des kollektiven Arbeitsrechts.

Das arbeitsgerichtliche Verfahren beginnt stets — ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes — vor den Arbeitsgerichten. Wenn der Streitwert nicht 300 Mark übersteigt und der Streit nicht von grundsätzlicher Bedeutung ist, ende der Prozeß mit dessen Urteil, soweit nicht eine Einigung erfolgt. Andernfalls sei die Berufung an das Landesarbeitsgericht — beim Landgericht — zugelassen, die im wesentlichen der rechtlichen Nachprüfung des arbeitsgerichtlichen Urteils diene, ohne jedoch ein nachträgliches tatsächliches Vorbringen einer Partei völlig auszuschließen. Die Revision gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts sei nur aus rein rechtlichen Gründen zugelassen, wenn der Streitwert 4000 Mark übersteigt oder wenn der Streit von erheblicher allgemeiner Bedeutung ist; sie gehe an das Reichsarbeitsgericht, das beim Reichsgericht errichtet werde.

Die Verwaltung der gesamten Arbeitsgerichtsbarkeit liege nicht allein in den Händen des Justizministeriums des Reichs und der Länder, sondern sei den Justizministerien im Einvernehmen mit den Sozialministerien übertragen. Das bedeute, daß kein Verwaltungsakt, also auch keine Richterbestellung, ohne die Zustimmung beider Behörden erfolgen könne.

Das Gesetz treffe Vorkehrungen, daß das Verfahren der Arbeitsgerichtsbarkeit sich mindestens ebenso schnell, billig und einfach abwickle wie das bisherige gewerbegerichtliche Verfahren. Die Gebührenvorschriften des Gewerbe-Arbeitsgerichtsgesetzes seien für die erste Instanz im wesentlichen übernommen, in allen Instanzen werden Gerichtsgebührenvorschriften nicht erhoben, die Kosten seien vielmehr erst nach Abschluß von der unterlegenen Partei zu zahlen. Rechtsanwältinnen seien in Verfahren vor den Arbeitsgerichten, wie bisher vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, als Prozeßvertreter zugelassen, um das Verfahren einfach zu erhalten und die unbemittelte Partei nicht schlechter zu stellen als die wohlhabende. Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen seien dagegen zugelassen. Im Berufungsverfahren vor den Landesarbeitsgerichten können sich die Parteien durch einen Rechtsanwalt oder durch den Vertreter einer wirtschaftlichen Vereinigung vertreten lassen. Im Revisionsverfahren vor dem Reichsarbeitsgericht herrsche zwar Anwaltszwang, die Prozeßpartei könne aber jeden ihr geeignet erscheinenden deutschen Rechtsanwalt, nicht nur einen beim Reichsgericht zugelassenen, mit ihrer Vertretung betrauen.

Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde aus der Versammlung eine Reihe von Fragen zur Ergänzung des Gehörten in Einzelheiten gestellt, die der Referent ausführlich beantwortete.

Der Vorsitzende, Genosse Sabath, schloß ab, indem die Konferenz mit der Aufzählung, daß für die bald bestellenden freigewerkschaftlichen Beiräte der Arbeitsgerichtsbehörden eingehendere Kurse über den Inhalt des neuen Gesetzes abgehalten werden sollten.

# Die „Eroberung“ in Mecklenburg.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Rostock erzielte die Liste der Amsterdamer Richtung, die mit dem Namen Martin Müller begann und aus den Mitgliedern der bisherigen Verwaltung sich zusammensetzte, 372 Stimmen. Die Kommunisten erhielten trotz aller Anstrengungen nur 89 Stimmen. Der Einfluß der KPD. geht immer mehr zurück.

# Schiedspruch in der Gladbacher Konfektion.

München-Gladbach, 31. Januar. (TL.) Der staatliche Schlichtungsausschuß fügte Freitag abend für die Bekleidungsindustrie des Münchener-Gladbacher Bezirkes den Schiedspruch. Das von den Gewerkschaften geforderte Mantelabkommen soll unverändert bleiben. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit kann also noch weiterhin bis auf 54 Stunden ausgedehnt werden, ohne daß Lohnzuschläge zu zahlen sind. Für die Akkordlöhne wurde den Arbeitern eine Erhöhung um drei Prozent und für die Zeidlöhne eine Erhöhung um zehn Prozent zuerkannt. Die Erklärungsfrist läuft am kommenden Freitag ab.

# Zum Streit in der rheinischen Textilindustrie.

München-Gladbach, 31. Januar. (TL.) In den Verhandlungen über das Mehrarbeitszeitabkommen in der rheinischen Textilindustrie fanden in Köln vor dem Schlichter erneut Verhandlungen statt, nachdem die Gewerkschaften den Schiedspruch abgelehnt, die Arbeitgeber ihn angenommen und die Verbindlichkeit bestritten hatten. Trotz mehrstündiger Verhandlungen kam man zu keiner Einigung, so daß der Schlichter erklärte, er behalte sich seine Stellungnahme über die Verbindlichkeitserklärung oder die Ablehnung des Schiedspruches vor.

# Einigung im Tabakgewerbe.

Zu dieser Notiz in Nr. 44 des „Vorwärts“ teilt uns der Deutsche Tabakarbeiterverband mit, daß es nicht um eine Vereinbarung für das gesamte Tabakgewerbe handelt, sondern nur um eine solche für die Rauch- und Schnupftabakindustrie, für die der Mantelarif am 31. Oktober abläuft.

In der Zigaretten- und Kautabakindustrie werden die Löhne ähnlich bzw. bezüglich geregelt, während in der Zigarrenindustrie mit zentraler Lohnregelung die Unternehmer den Reichstarifvertrag zum 31. März d. J. gekündigt haben.

# Um das Washingtoner Abkommen.

Schluß der Verwaltungsratsitzung des IAA.

Genf, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes befaßte sich am Sonnabend und Sonntag mit der Ratifikation der Arbeitszeitkonvention. Im Verlauf der Debatte erkannte der englische Regierungsvorsteher die Befreiungen des Internationalen Arbeitsamtes in Bezug auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens an. Seine Rede hinterließ jedoch den Eindruck, daß die englische Regierung bestrebt ist, das Internationale Arbeitsamt immer und immer wieder mit neuen Studien und Erhebungen zu beschäftigen und die Ratifikation möglichst weit hinauszuschieben. Das wurde von den dann folgenden Arbeitervertretern Boulton, Dubegest und Hermann Müller-Lichtenberg mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Müller-Lichtenberg zog daraus die logische Folgerung, indem er erklärte, daß die Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern sich nicht mehr hinhalten lassen und mit dem Hinweis darauf, daß gewisse Fragen im Internationalen Arbeitsamt noch nicht endgültig abgeschlossen seien, sondern sie nunmehr sowohl vom gewerkschaftlichen wie vom politischen Standpunkt für die Ratifikation der Arbeitszeitkonvention alles einsehen würden.

In einer formulierten Erklärung der Arbeitergruppe wird schließlich festgestellt, daß nach der Ministerkonferenz von London und den Beratungen des Sonderausschusses keine

Gründe mehr bestehen, die Ratifikation der Washingtoner Konvention vom Verwaltungsrat aus nicht nachdrücklich zu empfehlen. — Direktor Albert Thomas, der die lange Debatte in ihren Kernpunkten zusammenfaßte, zeigte sich trotz des vergangenen Wortgefechtes ziemlich optimistisch, indem er als sicher betrachtete, daß die Konvention in absehbarer Zeit in den wichtigsten Industrieländern ratifiziert werden wird.

Der Antrag der italienischen Regierungsvorsteher, für die sozialpolitischen Interessen der geistigen Arbeiter eine eigene ständige Kommission einzusetzen, wie solche für die Schifffahrt und die Landwirtschaft bereits bestehen, wurde vorläufig dem Arbeitsamt überwiesen, um in der Session verhandelt zu werden. Schließlich wurden in das Direktionskomitee des neuen Instituts für wissenschaftliche Arbeitsmethoden als Vertreter der Arbeitnehmerschaft Jouhaux und Dubegest gewählt. Die Zahl der Sachverständigen für die Prüfung der Regierungsberichte über die Anwendung der Arbeitskonvention wurde von 6 auf 8 erhöht. Als Vertreter Deutschlands ist Verwaltungsgerichtspräsident Rostig vorgeschlagen.

Die nächste Tagung des Verwaltungsrats soll in der Zeit vom 28. März bis 2. April erfolgen.

# Der italienische Gewerkschaftsbund.

Er denkt nicht daran, sich aufzulösen.

(33.) Der Italienische Allgemeine Gewerkschaftsverband (Confederazione Generale del Lavoro) gibt folgendes bekannt: Des Exekutivkomitee des Italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und die im Ausland befindlichen Mitglieder der Gewerkschaftskommission erlassen im Hinblick auf die von der faschistischen Presse verbreitete Nachricht, daß die Italienische CGL ihre Auflösung beschlossen habe, folgende Erklärung:

1. Nach Anwendung der Ausnahmebestimmung hat sich das Exekutivkomitee der Italienischen CGL ins Ausland begeben, um seine Tätigkeit, gemäß dem Mandat, das ihm von den italienischen Arbeitern übertragen wurde, fortzusetzen.

2. Der in Italien durch die Mitglieder des Verwaltungsrates gefasste Beschluß, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Durchführung der Tätigkeit der CGL als unmöglich anzusehen sei, kann das Exekutivkomitee in keiner Weise binden, und dieses fühlt sich auch dadurch gebunden, obwohl der Beschluß durch die für die nichtfaschistische italienische Arbeiterbewegung geschaffene Lage erschwert ist.

3. Die Vereinbarung zwischen dem Exekutivkomitee der Italienischen CGL und dem Internationalen Gewerkschaftsbund von Amsterdam, sowie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen moralischer und materieller Solidarität, leisten unbedingt dafür Gewähr, daß sich die Tätigkeit der italienischen CGL in der nun bevorstehenden neuen Phase ohne Unterbrechung und unbeeinträchtigt, gemäß Leistungsfähigkeit, bekanntgegeben werden, fortsetzen wird.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Walter Schick; Wirtschaft: G. Künzler; Gewerkschaftsbewegung: R. Käsem; Kunst: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Kasse: H. Gled; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin, Grund: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bei  
**G R I P P E**  
Citrophen-Tabletten, Schachtel M. 1,35  
in jeder Apotheke.

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr  
**Aida**  
Abonn.-Turnus III  
**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
8 Uhr  
**Haidhard v. Gneisenau**  
von Wolfgang Goets  
Regie: Heinz Hilper  
**Kammerspiele**  
Norden 10334-37  
7. u. 8. u. 1. Na c:  
**Germaine**  
(Amoureuse)  
von Porto-Riche  
Regie: Paul L. Larissa  
**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2517  
8 1/2 Uhr:  
**Die Perle**  
von Tristan Bernard  
Regie: Paul L. Larissa  
**Theat. a. Hollendorpl.**  
Kurfürst 2791  
8 Uhr:  
**Max Adalbert**  
in „Müllers“  
**Wahalla-Theat.**  
Wahallastr. 141, 142  
Sonntag  
2 Vorstellungen  
Nachm. 4 u. ab 8  
Es war einmal  
in Heidelberg  
mit d. Schlagerlied  
ich hab' mein Herz in  
Heidelberg verloren  
Vorzeitg. 50% Ermäß.  
Käte Schmidt-Samat  
Gaston Briese  
**Gr. Schauspielhaus**  
Täg. 8 1/2 Uhr  
**Von Wälder**  
zu Wälder  
**CHARELL**  
REVUE  
Sonnt. nachm. 3 Uhr  
ungekürzte Vorstellung  
zu ermäß. Preisen  
**Zentral-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Trompeter**  
vom Rhein  
Vorverk. ununterbr.  
Preise von 1-7 M.  
**Rose-Theater**  
8 Uhr: **Preziosa**  
**Trianon-Th.**  
Täglich 8 1/2, 9 Uhr:  
**Der Mann der**  
**Aline Léger**  
Regie: Friedr. Lobe  
Bühne, Licht, Kostüme

**Husten, Heiserkeit, Verschleimung**  
Auswurf, Nachtschweiß, Stiche im Rücken und Brustschmerzen hören auf; Schleim ging morgens mühelos ab; Atmung ist bedeutend freier; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein usw. — So und ähnlich schallt es frohlich aus Mitteilungen Erkrankter über die vorzügliche Wirkung der  
**Rotolin-Pillen**  
Apotheken berichten, daß sie nur anerkennende Urteile hören, Aerzte empfehlen ROTOLIN in medizinischen Zeitschriften ihren Herren Kollegen zur Anwendung!  
**ROTOLIN-PILLEN** sind erhältlich in allen Apotheken oder direkt von uns durch unsere Versand-Apotheke, die JOHANNITER-Apotheke, SW 61, Plan-Ufer 11, zu 2.50 Rm. p. Sch., bei 3 Sch. auf einmal zu 2.50 Rm. p. Sch., gegen Voreinsendung des Betrages oder geg. Nachnahme zuzügl. Kosten. Ohne feste Bestellung erfolgt kein Versand.  
Anstehliche Drucksachen kostenlos durch **Mylus & Co., Berlin SW 61**, Generalvertretung der Chem. Fabrik PLOETZ & Co. für Berlin und Provinz Brandenburg, Farnsprecher Hasenheide 5512.

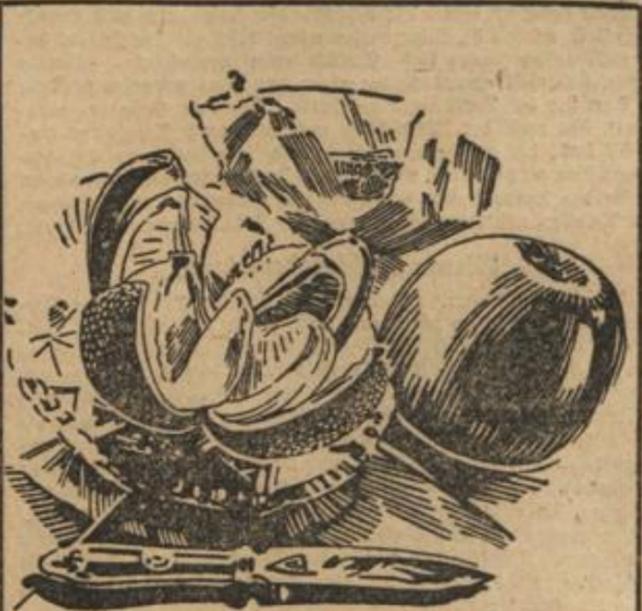
**Volksbühne**  
Theater am Blüpplatz; Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr: **Volpone**  
Morgen 8 Uhr **Volpone**  
Täglich 8 Uhr:  
Das Grabmal  
des unbekannt  
Soldaten.

**Waller-Theater**  
8 1/2, Der Schläger 8 1/2  
**Das blonde Wunder**

**Winter Garten**  
Räucher  
gestaffelt

**CASINO-THEATER** 8 Uhr:  
Neu! Ein Tag im Paradies! Neu!  
Ausscheiden Gutschein 1-4 Pers  
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

**Reichshafen-Theater**  
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Das wundervolle Januar-Programm!  
Kassiert: halbe Preise,  
volles Programm!  
**Uenhoff-Brett's**  
Varieté, Konzert, Tanz.  
**Möbel**  
Speise-  
Kam-  
mer-  
Schlaf-  
Zimmer,  
bekannt gut  
und billig.  
**Geheimes**  
CHARLOTTEBURG  
Wilmersdorf 103 30  
Ecke Schillerstr.  
103 30  
103 30  
Besichtigen Sie mit  
reichhaltigen Lager



Nach starken Anstrengungen ist die Eiweiß-Reserve im Körper vermindert. Viele greifen dann zu alkoholischen und nikotinhaltigen Reizmitteln, ohne damit das Gleichgewicht wieder herstellen zu können. Im Zustande der Abspannung ist die frische Frucht das Gegebene. Sie liefert den Eiweißersatz zugleich mit der anregenden Beigabe der Fruchtsäure.

**Esst mehr Früchte,**  
und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.

Das Fruchtkochbuch ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Buchhandlungen zu haben.

**Abwarten und Messmer Tee trinken!**  
Illustration of a woman sitting at a table with a teapot and cups, part of an advertisement for Messmer Tea.